Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Sie wissen, plant die Bundesregierung im Rahmen der Gemeindefinanzreform die Ausweitung der Gewerbesteuer auf die Freien Berufe. Im September soll das Gesetzgebungsverfahren beginnen.

Dies ist ein steuerpolitischer Irrweg, der durch die Freien Demokraten im Deutschen Bundestag und in den Ländern auf massive Ablehnung stößt.

Die Gewerbesteuer stellt für die Unternehmen im internationalen Vergleich eine Sonderbelastung dar und ist zudem mit einem unverhältnismäßigen Bürokratieaufwand verbunden. Die Miteinbeziehung der Freien Berufe halten wir nicht nur vor diesem Hintergrund für verfehlt. Sie ist darüber hinaus auch verfassungsrechtlich bedenklich.

Für die Gemeinden bleibt die Gewerbesteuer zudem eine unzuverlässige Einnahmequelle, die bürokratisch und extrem konjunkturabhängig ist.

Die FDP spricht sich als bislang einzige Partei klar für die Abschaffung der Gewerbesteuer aus. Ersetzt werden soll sie nach unserem Vorschlag durch ein Zwei-Säulen-Modell: Ein Hebesatzrecht der Kommunen auf die zuvor abgesenkte Einkommensteuer sowie die Körperschaftsteuer und einen deutlich erhöhten Anteil der Gemeinden an der Umsatzsteuer. Dieses Modell ist aufkommens- und belastungsneutral und sorgt für die dringend erforderliche Verläßlichkeit bei den kommunalen Einnahmen.

Die FDP-Bundestagsfraktion hat hierzu bereits einen Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes in den Deutschen Bundestag eingebracht, den ich Ihnen zu Ihrer Information beifüge.

Gerne stehe ich Ihnen für ein weiteres Gespräch zur Verfügung.

Ihrer Antwort sehe ich mit Interesse entgegen und verbleibe

mit freundlichen Grüßen
Ihr

Anlage: Gesetzentwurf